

Anwesend:

Oberbürgermeister

Carsten Feist parteilos

Vorsitz

Dr. Angela Kirstges Gruppe "WIN@WBV, Volt"

stellvertretender Vorsitz

Sven Schoolmann CDU-Fraktion

Mitglieder

Manuel Baruschke	SPD-Fraktion
Stefan Becker	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Ulf Berner	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Volker Block	SPD-Fraktion
Heidi Bosse	CDU-Fraktion
Norbert Peter Brandt	SPD-Fraktion
Markus Bulla	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Martin Burkhart	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Martin Ehlers	CDU-Fraktion
Olaf Fischer	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Marvin Hager	SPD-Fraktion
Christina Heide	SPD-Fraktion
Uwe Heinemann	CDU-Fraktion
Birgit Holtz	SPD-Fraktion
Torsten Kastrioti	AfD-Fraktion
Susanne Kempcke	SPD-Fraktion
Antje Johanna Kloster	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Thomas Lehmann	Fraktion FDP/FW
Yannick Lonkai	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Anja Mandt	CDU-Fraktion
Gesche Marxfeld	SPD-Fraktion
Thorsten Morisse	AfD-Fraktion
Darwin Reinhard	Fraktion FDP/FW
Anja Sanchez Mengeler	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Detlef Schön	SPD-Fraktion
Gabriele Schröder	SPD-Fraktion
Jens Stoffers	CDU-Fraktion
Petra Stomberg	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Detlef Stump	AfD-Fraktion
Andreas Tönjes	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Frank Uwe Walpurgis	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Horst Dieter Walzner	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Astrid Zaage	CDU-Fraktion

Protokollführung

Insa Rogel Sachbearbeiterin

von der Verwaltung

Jörg Engesser	Fachbereichsleiter
Niksa Marusic	Stadtbaurat
Torben Müller	Fachbereichsleiter

Gäste

Norman Schaaf	Geschäftsführer Klinikum WHV
---------------	------------------------------

Es fehlte entschuldigt:**Mitglieder**

Nurhayat Bakir-Block	SPD-Fraktion
Walther Schäfer	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Dr. Günther Schulte	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Kristian Stoermer	SPD-Fraktion
Thomas Suberg	CDU-Fraktion
Michael von den Berg	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Helga Weinstock	Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Dr. Uwe Weithöner	Gruppe "WIN@WBV, Volt"
Olaf Werner	CDU-Fraktion

B. Öffentlicher Teil

Tagesordnung

4. Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil
5. Aktuelle Stunde
6. Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten
7. Öffentliche Beschlussvorlagen
- 7.1. Aufhebung des Fördermittelbescheids für den bisherigen 182/2026
Klinikneubau
8. Einwohnerfragestunde II (Fragen zur Tagesordnung der soeben
abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der
Geschäftsordnung des Rates)

4 Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

Beschluss: einstimmig beschlossen
(Ja 34 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0)

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird in der vorliegenden Form
festgestellt.

5 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde liegen nicht vor.

6 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es liegen keine Berichte vor.

7 Öffentliche Beschlussvorlagen

- 7.1 Aufhebung des Fördermittelbescheids für den bisherigen 182/2026
Klinikneubau

Herr Heinemann bringt die Beschlussvorlage des Verwaltungsausschusses vom 05.06.2026 ein.

Oberbürgermeister Feist informiert über die zeitlichen Zusammenhänge. Trotz der zum Teil schwierigen Kommunikation zähle nunmehr das Ergebnis: Das Land eröffnet mit Option 2 die Möglichkeit, schadlos aus dem alten Förderbescheid herauszukommen. Damit werde die Tür geöffnet für den gemeinsamen Beschluss des Rates und Kreistages vom 2. Juli letzten Jahres zur Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft, um einen Standort für ein gemeinsames Zentralklinikum zu suchen. Dazu wolle er dringend um Zustimmung werben.

Anschließend wies er auf die Veröffentlichung eines vertraulichen Schreibens für die Ratsmitglieder in der Presse hin. Dieses Vorgehen wolle er auf das Schärfste kritisieren. Dieser Schritt hätte durchaus schief gehen und in einer Insolvenz des Klinikums münden können. Er sei jederzeit für Transparenz, doch es gebe auch Gründe für die nichtöffentliche Behandlung einiger Themen. Wenn derlei Themen dennoch veröffentlicht würden, könne dies zu schwerwiegenden Folgen führen.

Letztlich bitte er, der heutigen Beschlussvorlage zuzustimmen, um die Altlast zu beseitigen und den Weg für eine gute Versorgung im stationären Bereich für die Zukunft freizumachen.

Herr Becker wirft die Frage auf, ob die Vorgänge für die Öffentlichkeit transparent genug gemacht worden seien. So sei in den Sitzungen zum Thema Klinikum nie die Frage der Rückzahlung der Fördermittel des Landes beraten worden. Auch wenn vielen aus Rat und

Verwaltung der Umstand bekannt gewesen sein dürfte, dass nach dem gemeinsamen Beschluss aus dem letzten Jahr die Fördermittel zurückzuzahlen seien, hätte auch die Öffentlichkeit ein Recht gehabt, darüber im Vorfeld informiert zu werden. Eine bessere Information nach außen hätte vielen, vor allem den Mitarbeitenden des Klinikums, die Angst vor einer möglichen Insolvenz erspart. Seine Gruppe werde dennoch den Weg der Verwaltung mitgehen.

Er bitte den Geschäftsführer des Klinikums für die Öffentlichkeit noch um Auskunft darüber, ob die bisher geflossenen Mittel von 35,9 Mio. € tatsächlich in den Bau geflossen sind.

Herr Schaaf bestätigt, diese Summe sei in voller Höhe in die Baumaßnahmen geflossen. In Abstimmung mit dem Land habe ein Nachweis über die förderfähige Verwendung vorgelegt werden müssen, welcher vom Nds. Sozialministerium bestätigt worden sei.

Herr Becker dankt für die Antwort. Aus Sicht der Gruppe habe die Verwaltung hier bestens gearbeitet. Der Druck aus Hannover sei nicht optimal gewesen, hier wäre eine besseres Miteinander hilfreich gewesen.

Herr Moriß bezieht sich auf den Vortrag von Herrn Müller aus dem Verwaltungsausschuss. Den dort verwendeten Terminus, man sei „optimistisch“, reiche ihm nicht aus. Dies sei nicht aussagekräftig. Die AfD-Fraktion werde sich heute enthalten, da man die nicht auf der Beschlussvorlage aufgeführte Option 3 für die geeignetste halte. Er sehe darüber hinaus die „zentralisierte Zielführung beider Häuser“ als gescheitert an.

Herr Tönjes verweist auf die kritische Haltung der Öffentlichkeit. Für diese sei eine Aufschlüsselung des Verbleibs der bisher gezahlten Fördermittel von Interesse. Auch wenn er als Ratsmitglied die Information von Herrn Schaaf nachvollziehen könne, wäre eine solche Aufstellung hilfreich im Sinne von Transparenz für die Öffentlichkeit. Gleichzeitig müsse genau abgewogen werden, was transparent gemacht wird und was nicht. Zwar gehe es hier um Steuergelder, doch gelte es auch, das Gesellschaftsrecht zu beachten, da das Klinikum als Fördermittelnehmer eine GmbH sei. Hier müsse absolute Verschwiegenheit gewahrt werden, um die Gesellschaft nicht zu gefährden. An dieser Stelle danke er dem Oberbürgermeister für dessen mahnende Worte.

Er persönlich sehe keine andere Alternative, als die Option 2 zu beschließen. Dies liege in der Gesetzgebung von Bund und Land begründet. So bleibe der Region gar keine andere Möglichkeit mehr, was sehr bedauerlich sei.

Herr Berner zeigt sich grundsätzlich einverstanden mit dem Beschlussvorschlag und die Entscheidung für ein gemeinsames Klinikum. Die Entscheidung des Landes halte er dagegen für rein bürokratisch. Damit sei die die sofortige Abwicklung der Option 2 alternativlos.

Herr Block signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zur Vorlage, um die Gesundheitsvorsorge in der Region zu halten und das Krankenhaus nicht zu gefährden. Dennoch halte er die Reihenfolge, erst die Fördermittel aufzuheben und dann über die weiteren Schritte zu entscheiden, für ungünstig. Dies sei bislang in keiner Weise Gegenstand der Diskussionen gewesen. Er halte es für richtig, diese Vorgehensweise der letzten Monate überprüfen zu lassen. Für die Zukunft wünsche sich seine Fraktion eine bessere Informationslage.

Herr Brandt erklärt, er habe den bisherigen Beschlüssen nur mit Bauschmerzen oder gar nicht zugestimmt. Dieses habe sich auch heute nicht geändert.

Er bittet um Auskunft zu folgenden Fragen:

Zunächst bitte er um Bestätigung, dass von den 12,4 Mio. € noch offenen Fördergeldern eine Hälfte von der DKB und eine Hälfte vom Land gezahlt wird, die zur Sicherung der Liquiditätsprognose des Klinikums für 12 Monate gebraucht werden.

Des Weiteren stelle sich ihm die Frage, ob es richtig ist, dass weder Stadt noch Klinikum weitere Zahlungen zu leisten hätten, wenn dem Vorschlag heute zugestimmt werde?

Zuletzt war ihm nicht bekannt, dass mit dem Beschluss vom 02.07.2025 der Förderbescheid aufgehoben werde. Sein schlechtes Gefühl bei diesem Beschluss habe sich heute bestätigt. Er bitte zu protokollieren, dass er dem Vorschlag heute nur mit Bedenken zustimmen werde.

Herr Schaaf bestätigt, dass die 12,4 Mio. € je zur Hälfte vom Land und von der DKB gezahlt werden. Von dem Anteil der DKB müssten noch die offenen Zinsen und ein Aufhebungsentgelt abgezogen werden. Damit fließen von der DKB noch knapp 5,9 Mio. € nach Aufhebung des Vertrages mit der Bank an das Klinikum. Für die andere Hälfte habe das Klinikum Anspruch auf Erstattung gegenüber dem Land aus dem abgerechneten Fördermittelbescheid. Das Klinikum benötige dieses Geld, wenn sie gegebenenfalls einem Zinsschaden seitens des Landes für eine Rückforderung ausgesetzt werden könnte. Nur so könnte das Geld an das Land zurückgeführt werden, ohne die Liquidität derart zu belasten, dass der Träger, also die Stadt, wieder einspringen müsste.

Herr Müller informiert, nicht die Stadt sei Partner des Geschehens, sondern das Klinikum. Hier könne noch nicht zu 100 % dargestellt werden, an welcher Stelle das Geld fließen werde. Dies liege in dem Umstand begründet, dass zunächst die DKB das Bausperrkonto komplett abrechnen müsse. Danach stelle sich die Frage, in welcher Höhe das Land Zinsen zurückfordern werde. Darüber hinaus entstünden Kosten im niedrigen fünfstelligen Bereich, um das Konto bei der DKB abzuwickeln. Aktuell könne man davon ausgehen, dass möglicherweise der Vorgang mit einem positiven Liquiditätseffekt für das Klinikum beendet werden könne. Derzeit sei noch offen, ob und wenn ja, in welcher Höhe das Land einen Zinsschaden geltend machen werde. Insgesamt gehe man im schlechtesten Fall von einer schwarzen Null, nicht aber von einer roten Zahl aus.

Auf Bitten von **Herrn Burkhart** stellt **Oberbürgermeister Feist** die möglichen Optionen dar: Bei Option 1 sind die erhaltenen Fördermittel inklusive der Zinsen in Höhe von rund 54 Mio. € zurückzuzahlen, weil der Fördermittelbescheid aufgehoben wird. Dies habe die Pflicht zum Insolvenzantrag für das Klinikum zur Folge.

Für Option 2 beendet das Klinikum die Darlehensbeziehung zur DKB und das Land verzichtet auf seine Rückforderungen.

Die mögliche Option 3 tritt ein, falls der Rat heute dem Beschlussvorschlag nicht folgt.

Auch in diesem Fall laufe ein Rückforderungsbescheid auf und ein Insolvenzantrag sei erforderlich. Diesem könne entgegengewirkt werden, indem der Ratsbeschluss vom 02.07.2025 aufgehoben werde. Damit entfalle der Rückforderungsgrund. In der Folge baue die Stadt das neue Krankenhaus wieder allein. Hier handele es sich jedoch um eine rein theoretische Annahme zur Vermeidung der Insolvenz.

Oberbürgermeister Feist appellierte eindringlich, der Option 2 zuzustimmen. Mit dieser erziele sich die für die Zukunft beste Lösung.

Herr Reinhard zeigt sich verwundert, wie für die bisher geflossenen 36 Mio. € nur eine Baugrube entstehen konnte. Er halte die Entscheidung für eine Fusion anstelle einer Privatisierung für eine fundamentale Fehlentscheidung.

Herr Fischer erklärt in Richtung der Aussage von Herrn Moriß, die Option 3 stelle keine wirkliche Lösung dar. Es würde sich vielmehr um einen Rückschritt handeln. Diese Alternative sei nicht ohne Grund nicht auf der Beschlussvorlage enthalten. Ein solches Vorgehen sei in der aktuellen Finanzierung gar nicht vorgesehen und allein auch gar nicht möglich. Mit dem heute vorgelegten Vorschlag werde die jahrzehntelange Fehlplanung endlich auf einen guten Weg geführt.

Herr Ehlers signalisiert seine Zustimmung. Er gibt gleichzeitig zu bedenken, dass dieser Schritte hätte deutlich früher erfolgen müssen. Dass die Abwicklung erst jetzt erfolge, zeige, dass die damalige Planung von Beginn an nicht gepasst habe. Er hege die Hoffnung, dass die neue Planung gemeinsam mit dem Landkreis Friesland nun auf einer gesunden Basis mit einer soliden Finanzierung stehe. Das ursprüngliche Projekt aus 2017 sollte nunmehr endgültig aufgegeben werden.

Herr Burkhardt bittet bezüglich der Äußerung von Herrn Reinhard zu beachten, dass auch das neue Parkhaus gebaut worden ist, die Verkehrsführung angepasst wurde und diverse Bauleistungen erbracht wurden. Grundsätzlich hätte der Neubau längst fertig sein können. Der Vorschlag der AfD-Fraktion für Option 3 bedeute einen Rückschritt. Vielmehr gelte es, sich nun mit aller Kraft für den Vorschlag der Verwaltung einzusetzen, um die größtmögliche Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zu erreichen.

Herr Walpurgis geht kurz auf die Historie ein. Er erinnert daran, dass es bereits 2017 beim Grundsatzbeschluss für den Neubau mahnende Stimmen gegeben habe. Er habe bereits zu diesem Zeitpunkt eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis Friesland angemahnt. Die Gruppe „Gemeinsam BUNT“ werde mangels Alternativen hier heute zustimmen verbunden mit der Hoffnung, für die Zukunft ein gemeinsames Zentralklinikum auf die Beine stellen zu können. Der Rat sei es den Menschen dieser Stadt schuldig, diese Chance zu ergreifen.

Herr Lehmann verweist auf eine vierte Option, welche in Verhandlungen mit einem privaten Investor bestehe. Die Stadt beweise sei mindestens 20 Jahren, dass sie nicht in der Lage sei, ein Krankenhaus zu führen. Er müsse auch der Aussage des Oberbürgermeisters widersprechen, das Klinikum könne den Vorgang mit einer „schwarzen Null“ beenden. Dies sei nicht der Fall, komme die Fusion nicht zustande. Insgesamt könne der Zustand des Krankenhauses nur als unterirdisch bezeichnet werden; der Ausgang für die Zukunft sei in der aktuellen Lage ungewiss.

Frau Dr. Kirstges bittet um eine angemessene Ausdrucksweise.

Oberbürgermeister Feist macht auf die allgemein angespannte Lage im Krankenhauswesen aufmerksam: In den letzten sechs Jahren seien bundesweit 100 Kliniken insolvent gegangen. Das Klinikum habe nunmehr endlich wieder Boden unter den Füßen, da die Kosten deutlich gesenkt werden konnten. Dies liege nicht zuletzt in der unermüdlichen Arbeit des Geschäftsführers begründet. Die Versorgung der Menschen im Klinikum laufe sehr gut, trotz der zum Teil schwierigen Rahmenbedingungen. Er bitte daher sehr, das Klinikum nicht bei jeder Gelegenheit schlecht zu reden.

Frau Schröder hält dem Vorschlag von Herrn Lehmann entgegen, Privatisierung sei auch kein Allheilmittel und liefere keine Daseinsvorsorge für alle Bürger. Sie sei sich sicher, dass es für die Nutzung der Baugrube für die Zukunft passende Pläne gebe. Auch sie halte die Option insgesamt für alternativlos. Der Vorschlag von Herrn Moritze hingegen sei nicht tragbar.

Herr Walzner spricht sich für eine Privatisierung aus. Seiner Meinung nach könne die Stadt kein kommunales Krankenhaus bauen.

Herr Block bringt für die SPD-Fraktion den folgenden **Änderungsantrag** ein:

In Punkt 1 nach dem 2. Absatz soll folgende Ergänzung eingefügt werden:

„Der Rat wird über die aktuelle Sachstandsumsetzung durch die Geschäftsführung Klinikum aktuell informiert.“

Nachdem sich **Herr Burkhardt** gegen den Vorschlag ausgesprochen hat, wird dem Änderungsantrag bei 16 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss: geänderter Beschlussvorschlag
(Ja 31 Nein 1 Enthaltung 5 Befangen 0)

1. Der Rat beschließt, dass sich die Stadt Wilhelmshaven für die 2. Option des Schreibens des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS) vom 18.05.2026 entscheidet. Zur

Umsetzung wird die Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH (KW gGmbH) angewiesen, wiederum den Geschäftsführer der KW gGmbH wie folgt anzuweisen:

Der Geschäftsführer wird alle von Seiten der KW gGmbH notwendigen Schritte einleiten und umsetzen, um mit der Deutschen Kreditbank (DKB) bis zum 15.06.2026 eine einvernehmliche Aufhebungsvereinbarung über das Darlehen über 99,0 Mio.€ zu schließen und in diesem Zusammenhang auch das Bausonderkonto bei der DKB aufzulösen. In diesem Rahmen ist mit der DKB ebenfalls zu vereinbaren, dass die Kontoschlussabrechnung bis zum 15.06.2026 vorgenommen wird.

Der Rat wird über die aktuelle Sachstandsumsetzung durch die Geschäftsführung Klinikum aktuell informiert.*

2. Die Verwaltung informiert umgehend das MS darüber, dass das Darlehenskonto und das Bausonderkonto bei der DKB abgewickelt und die erforderlichen Schritte bis spätestens zum 15.06.2026 umgesetzt werden.

(*Ergänzt auf Antrag der SPD-Fraktion im Rat am 05.06.2026)

- 8 Einwohnerfragestunde II (Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Ende der Sitzung: 13:44 Uhr

gez.	gez.in Vertretung Bruns Stadtrat	gez.
Dr. Kirstges	Feist	Rogel
Ratsvorsitz	Oberbürgermeister	Protokollführung